



# vorwärts

## HAMBURGER KURS

### DIE VERTEILUNG DES REICHTUMS IST HAMBURGS SCHICKSALSFRAGE

Von Wolfgang Rose, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Mitglied des SPD-Landesvorstands, Landesbezirksleiter ver.di Hamburg

**K**napp ein Jahr nach der Kapitalismuskritik von Bürgermeister Ole von Beust stellt sich diese als blanke populistische Rhetorik ohne wirkliche Konsequenzen heraus: Symbolische Worte statt realpolitische Taten. Während die öffentliche Debatte in Politik und Medien fast ausschließlich durch die Konflikte über Schulpolitik und HSH-Nordbank bestimmt wird, droht durch den krisenbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit und die angekündigten harten Spareinschnitte eine erneute massive Zuspitzung der sozialen Spaltung in der Stadt. Doch ein genauer Blick zeigt: Das Geld für die Überwindung der Haushaltskrise ist da, es ist nur in den falschen Taschen.

Hilflos steht der Bürgermeister vor 6 Milliarden Euro Steuerausfall in den nächsten Jahren und trägt in „Blut-Schweiß-und-Tränen-Manier“ immer wieder das gleiche Lied vor: Die Zinsen von hunderten Millionen Euro für die notwendigen Kredite müssten jetzt die Normalbürger durch drastische Sparmaßnahmen erbringen. Die Betroffenen sollten endlich anfangen, bei sich selbst zu sparen, statt immer Vorschläge für andere zu machen. Zu drastischen Einschnitten gäbe es keine Alternative.

Diese Behauptung ist falsch und der Bürgermeister weiß es – und er täuscht die Öffentlichkeit: In Hamburg gibt es einen unermesslichen privaten Reichtum, allein die 20 reichsten Bürger Hamburgs besitzen ein Vermögen von 40 Milliarden Euro. Bereits eine einprozentige Vermögensabgabe der „breiten Schultern“ ab einer Million brächte Hamburg pro Jahr über eine Milliarde Mehreinnahmen, schärfere Steuerprüfungen bei Unternehmen und Millionären



nochmals dreistellige Millionenbeträge.

Diese Umverteilung ist die soziale und ökonomische Schicksalsfrage für unsere Stadt. Hamburg ist eine der reichsten Metropolen Europas. Doch während in den 15 alten EU-Staaten 2,3 Prozent Steuern auf Vermögen und Erbschaften erhoben werden, sind es in Deutschland nur 0,9 Prozent. Die Vermögensteuer wurde 1997 vom Bundesverfassungsgericht ausgesetzt, weil die Immobilienbesitzer statt nach dem Verkehrswert nach dem Einheitswert besteuert wurden – also erheblich zu wenig zahlten. Eine Hamburger Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung ist daher lange überfällig und jetzt notwendiger denn je.

Auch volkswirtschaftlich ist Umverteilung dringend geboten, denn mit einer Milliarde Mehreinnahmen des Staates und dem Verzicht auf Einsparungen wird durch die öffentlichen Ausgaben die Binnennachfrage gestärkt, während die großen Finanz- und Immobilienvermögen eher Spekulationsanreize fördern. Nicht der Steuerbonus für Reiche, sondern die Umverteilung von oben nach unten schafft mehr Binnennachfrage und damit Wachstum – und fördert zudem den angeschlagenen Sozialstaat.

Das Reichtums-Tabu muss endlich gebrochen werden. Reichtum ist keine Schande, aber Eigentum verpflichtet und soll nach unserem Grundgesetz dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Privates Mäzenatentum ist lobenswert, aber beliebig, und kein Ersatz für Steuergerechtigkeit. Bei der Forderung nach Vermögensbesteuerung geht es nicht um Neid, sondern um Verteilungsgerechtigkeit. Das spüren die Menschen, und der Bürgermeister wird diese Frage nicht mehr los, wenn er nicht endlich handelt. ■

### NACHHALTIGKEIT FÜR WIRTSCHAFT UND KLIMA

Heiße Diskussionen um Kurswechsel



**U**m nachhaltige Wege aus der Finanz- und Klimakrise ging es in einer hochkarätigen Podiumsdiskussion in der HAW - Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Veranstalter waren das Wissenschaftsforum e.V. und das Umweltforum Hamburg. Vor mehr als hundert interessierten Gästen lieferten sich Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker vom UNEP – International Panel for Sustainable Resource Management, Dr. Harry Lehmann vom Umweltbundesamt und Privatdozent Dr. Niko Paech von der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg leidenschaftliche Wortgefechte. Von Weizsäcker forderte, dass nach Jahren weltweiter Privatisierung des Staatlichen der Staat in wichtigen Zukunftsfragen das Heft des Handelns zurückgewinnen müsse. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sei nicht nur Produkt einer geplatzten Spekulationsblase, sondern auch von Ressourcen- und Energieverschwendung in den Industriestaaten. Die Gefahr bestehe, dass Schwellen- und Entwicklungsländer in ihrem Streben nach mehr Wohlstand die gleichen Klimasünden begingen. Die bisherige Scheinkonfrontation von Wirtschaft und Arbeitsplätzen gegen Umwelt- und Klimaerfordernisse müsse überwunden werden. Er plädierte für höhere Energieproduktivität und Senkung der CO<sub>2</sub>-Intensität im Lebensstil. „Wenn die Märkte das nicht schaffen, muss der Staat eingreifen.“ Die zentrale Bedeutung der Energie wurde von Harry Lehmann erläutert. Ihre Produktion verursache 40 Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen. Angesichts ihres Einspeisungsvorrangs ins Netz hätten erneuerbare Energien rasant zugenommen. Ihnen gegenüber würden sich fossile und atomare Großtechnologien als Bremsklötze für die Energiewende erweisen. Ihre Ablösung würde nach Modellrechnungen des Umweltbundesamtes und anderer Institute keine „Stromlücke“ verursachen. Eine Verlängerung für die relativ CO<sub>2</sub>-arme Atomstromproduktion lehnte er aus Gründen der Sicherheit, ungelösten Atommülllagerung und einer falschen Investitionspolitik ab. Niko Paech meldete Zweifel an der Wendephilosophie an, sofern sie weiterhin auf Wachstum setze. Auch „grünes“ Wachstum verursache Ressourcenverbrauch und Klimaschäden. Paech forderte stattdessen einen neuen nachhaltigen Wohlstandsbegriff. Er beinhalte Entschleunigung, Eigen- und Regionalversorgung, Verlängerung der Nutzungsdauer von Gütern und ein individuelles CO<sub>2</sub>-Ziel von durchschnittlich zwei Tonnen pro Kopf und Jahr. Nicht der Staat, vor allem der einzelne sei in seinem Verhalten gefordert. Fazit eines Besuchers: „Anregend und unterhaltsam wie bei Plasbergs ‚Hart aber Fair‘. Es ist gut, dass die SPD wieder Fortschritts- und Zukunftsfragen diskutiert.“ ■



### SIGMAR GABRIEL IN HAMBURG

SPD

Mitgliederkonferenz  
mit Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender

Freitag, 5. März, 18.00 Uhr  
Congress Centrum Hamburg

Anmeldung: [anmeldung@spd-hamburg.de](mailto:anmeldung@spd-hamburg.de)  
Telefon: 28 08 48 0

Hinweis: Angemeldete Personen haben keinen Anspruch auf Sitzplätze



## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

es läuft zurzeit nicht gut für Schwarz-Grün in Hamburg. Ob Hafen und Wirtschaft, Elbphilharmonie oder Wohnungsbau – der Senat steht bei all diesen Themen schlecht da. Über die politischen Versäumnisse der letzten Jahre wird öffentlich diskutiert. Und auch die Kommentare in den Zeitungen sprechen mittlerweile eine deutliche Sprache: Hier wird schlecht regiert. Nehmen wir das Beispiel Elbphilharmonie. Man muss die gewaltige Kostensteigerung bei diesem Projekt als das bezeichnen, was es ist: ein Skandal. Die beeindruckende Architektur kann darüber nicht hinwegtrösten. Es sind die schlechten Management-Leistungen des Senats, die auch bei anderen großen Bauvorhaben zu deutlich höheren Kosten geführt haben, als ursprünglich geplant. Unübersehbar ist, dass öffentliche Gelder in großem Umfang verschwendet werden. Unsere Aufgabe ist es, immer wieder darauf hinzuweisen.

Auch bei der Reform der Schulen hat die Koalition mit selbst produzierten Schwierigkeiten zu kämpfen. Für uns gilt dabei weiterhin, was auch vor den Verhandlungen des Senats mit der Initiative galt: Wir setzen auf einen überparteilichen Konsens in der Schulpolitik für die nächsten zehn Jahre. Ich glaube, dass der Wille dazu vorhanden ist und die Voraussetzungen dafür nicht schlecht sind. Die sozialdemokratische Partei in Hamburg ist sich in dieser Frage ihrer Verantwortung als wichtigste Kraft in der Opposition bewusst.

Wir nehmen die Oppositionsrolle wahr. Das bedeutet natürlich, Schwächen und Fehlentwicklungen aufzudecken und deutlich zu benennen, aber eben auch Zusammenarbeit mit dem Senat in besonders wichtigen Fragen, wie z.B. bei der Suche nach einem Konsens in der Bildungspolitik. Entscheidend für die beiden kommenden Jahre ist jedoch, wie wir uns inhaltlich auf die kommende Wahlauseinandersetzung vorbereiten. Mit unserem nächsten Landesparteitag „Unser Hamburg: stark und solidarisch“ Ende Februar werden wir erste Schritte einer politischen Positionierung unternehmen. Wie muss ein funktionierendes Gemeinwesen organisiert sein? Welche Rolle soll der Staat bei der Daseinsvorsorge haben und wo treten wir Privatisierungstendenzen entgegen? Wie schaffen wir eine Metropole, in der man gut und sicher leben kann? Diese Diskussion wird die ganze Bandbreite von Themen aufgreifen, die für Hamburg gegenwärtig relevant sind. Wir werden dabei nicht nur Fragen stellen, wir werden auch erste Antworten geben, etwa zu den Themen Wohnen, Wirtschaft, öffentliche Finanzen. Das alles ist hochaktuell und daher führen wir unsere Diskussionen zum richtigen Zeitpunkt. Ich wünsche mir lebhaftige Debatten und gute Beschlüsse.

Im Laufe des Jahres werden wir dann Schritt für Schritt unsere Themenkampagne aufbauen, die uns am Ende zur Erstellung unseres Regierungsprogramms führen wird. Der Landesvorstand hat hierzu bereits eine konkrete Arbeitsplanung beschlossen. In den Stadtteilen, in allen 17 Bürgerschaftswahlkreisen werden wir den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Zusätzlich wird es unter dem Arbeitstitel „Unser Hamburg – wie es sein soll“ weitere Veranstaltungen zu Schwerpunktthemen geben. Das ist ein ambitioniertes Programm, das die Mitarbeit von allen aktiven Mitgliedern fordert. Aber es lohnt sich. Ich habe in den vergangenen Wochen eine wichtige Erkenntnis gewonnen: In Hamburg rechnet man wieder mit uns.

Euer  
  
 Olaf Scholz

## „ANFANG 1935 FLOG DIE GRUPPE MEINES VATERS AUF...“.

Erinnerungen einer Sozialdemokratin an eine glückliche Kindheit in schrecklichen Zeiten

Von Helga Kutz-Bauer

**K**as Arbeiterviertel Rothenburgsort, Ausschläger Billdeich – dort war die erste Wohnung der Familie Lange. Ihre 1931 geborene Tochter Helga (später verh. Roepert) stellt fest: „Meine Eltern und der größte Teil unserer Verwandtschaft waren überzeugte und mehr oder weniger aktive Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Daher hatten die meisten von ihnen auch, nachdem Hitler die Macht übernommen hatte, noch lange Zeit keine Arbeit...“ Ihr Vater war aktives Reichsbannermitglied, er hatte am Tag der sogenannten Machtübernahme Hitlers Geburtstag. Helga berichtet: „1933 war das für ihn kein Feiertag. Er verteilte mit seinen Genossen Flugblätter, auf denen vor den Nationalsozialisten gewarnt wurde: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“. Ihr Vater gehörte dann zur Widerstandsgruppe Helmuth Weidt, Fritz von Hacht und Franz Wendt, wurde mehrfach verhaftet und starb bei Kriegsende in einem Bewährungsbataillon.

Eher selten beschreiben Kinder von Verfolgten ihr eigenes Leben in dieser Zeit. Helga Roeperts Erinnerungen zeichnen sich durch Detailgenauigkeit aus und durch eine klare spontane Sprache, aber ohne Sentimentalität. Aus diesen Erinnerungen werden typische Lebensumstände sichtbar, die in dieser oder jener Form in fast allen sozialdemokratischen Familien gleich waren. Die ganze Familie tolerierte beziehungsweise unterstützte die Wi-

derstandsaktivitäten. Das noch nicht schulpflichtige Kind wusste schon, dass „Nazi“ etwas Schlechtes war, dass es über alles, was es erfährt, den Mund halten musste. Das führte zu Isolierung und einem Gefühl des Ausgegrenztseins. Helga Roepert schildert die schwierigen Lebensumstände ihrer Mutter, gerade auch nach der zweiten Verhaftung des Vaters im November 1935. Krankenversicherung gab es nicht. Die Wohlfahrtsfürsorge war minimal, denn solche Familien waren „unwürdig“ und wurden entsprechend behandelt. Auch das entsprach den Erfahrungen anderer Familien von Verfolgten. Und dennoch: die Solidarität der Familie und manches Zeichen „stiller Helfer“ bescherte diesem kleinen Mädchen eine glückliche Kindheit.

Mit einer Einführung von Helga Kutz-Bauer zur politischen Kultur in Hamburg und den typischen Lebensumständen verfolgter Sozialdemokraten in dieser Zeit sind die Erinnerungen Helga Roeperts unter dem obigen Titel in der Reihe „Gesprächskreis Geschichte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht worden und können kostenlos bei Doris Fassbender, Tel. 0228/ 883-8062, mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de) angefordert oder im Internet digital heruntergeladen werden:

<http://library.fes.de/history/gg.html> ■



## WAS IST KOMISCHE LYRIK?

Lesung mit Harry Rowohlt in Bergstedt

Von Mareike Scholz

**H**arry Rowohlt selbst beschreibt das Prinzip der Veranstaltung so: »Ich lese komische Gedichte und Christian Maintz erklärt den Leuten, warum sie gelacht haben.« So war es auch wieder an einem Sonntag im Januar in der Gesamtschule Bergstedt, wo Harry Rowohlt und der Germanist Christian Maintz, ein guter Freund und Kollege des bekannten Autoren und Übersetzers, eine gemeinsame Lesung gaben. Es folgte ein amüsanter Gedicht nach dem anderen, zwischendurch geschmückt mit lehrreichen Beiträgen von Christian Maintz. Im ersten Teil wurde den Zuhörern gezeigt, was komische Lyrik ist und anhand von Beispielen von Autoren wie Heinrich Heine, F.W. Bernstein oder Wilhelm Busch deutlich gemacht. Nach einer Pause ging es gleich weiter mit Rowohlts eigenen Werken: mit lustigen, komischen und seltsam witzigen Gedichten. Die 400 Besucher lauschten gespannt und brachen gern in lautes Gelächter aus. „Lieber Gott, du bist der Boss, Amen! Dein Rhinoceros!“ Was ist an diesem Zweizeiler so lustig? Ei-



gentlich gar nichts. Trotzdem muss man zumindest schmunzeln, wenn es ein älterer Herr mit Rauschebart in einer gefüllten Schulaula vorträgt. Aber warum? Ist es der Reim, die seltsame Bezeichnung für den Schöpfer des Nashorns? Oder was ist es? Zum Glück hatte Maintz die Besucher der Lesung immer wieder mit solchen Fragen aufgeklärt, so dass man immer wieder Gelegenheit hatte, über das Gehörte nachzudenken. ■

## NEUES AUS EUROPA

### LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

ich kenne nur wenige Menschen, die zweimal mit dem Kopf gegen die gleiche Wand rennen. Der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso gehört dazu. Vom 11. bis zum 19. Januar mussten sich die 26 Kandidaten für die nächste EU-Kommission einem ganz besonderen "Einstellungstest" stellen. Drei Stunden lang wurde jeder von ihnen in den jeweiligen Fachausschüssen befragt. Wie sehen die Kandidaten ihre Aufgabe, welche politischen Visionen oder Prioritäten haben sie, welche Erfahrungen und Kompetenzen? Darüber mitzuentcheiden, wer die politische Führungsspitze der EU-Exekutive darstellt, ist eine der wichtigsten Kompetenzen des Europaparlaments. Doch die Anhörungen waren meist enttäuschend. Zu viele Kandidaten schafften es nicht, ihre persönlichen Vorstellungen von der zukünftigen Politik in ihrem Zuständigkeitsbereich darzustellen. Es mangelte entschieden an Ehrgeiz und Visi-

onen, stattdessen bezogen sich die Bewerber brav auf die Politik der bisherigen Barroso-Kommission. Das gilt auch für Günther Oettinger, den von Deutschland nominierten Energie-Kommissar. Fairerweise muss man jedoch sagen, dass er besser abschnitt als viele andere.

Auch der designierte Transportkommissar Siim Kallas hat keinen außergewöhnlichen Eindruck hinterlassen. Immerhin konnte ich ihm die Bereitschaft entlocken, eine Diskussion über die bessere Einbindung der Seehäfen in die Planungen der europäischen Verkehrsnetze zu führen. Das ist wichtig für Hamburg, denn dann hätten die Seehäfen in Zukunft bei der Finanzierung der Hinterland-Anbindung eine Chance auf europäische Unterstützung.

Die bulgarische Bewerberin für das Ressort Humanitäre Hilfe ließ jedoch jede notwendige Kompetenz vermissen. Mit Ausnahme der EVP und Barrosos waren sich alle einig: Eher wird die gesamte Kommission abgelehnt als Rumiana Jeleva

Kommissarin. Diese Drohung war notwendig, weil Barroso wie vor 5 Jahren rechthaberisch auf seinen Kandidaten bestehen wollte und eine echte Prüfung der Kandidaten durch das Parlament gar nicht ernsthaft im Sinn hatte. Apropos: Es wird ja gerne das Demokratiedefizit der EU kritisiert. Im Falle der Kommission ist die EU sehr viel weiter als die nationalen Parlamente. Ich frage mich, wer aus dem schwachen Kabinett von Merkel wohl Minister geworden wäre, wenn sie sich diesem „Einstellungstest“ hätten unterziehen müssen.

Euer



Knut Fleckenstein



### LANDES- PARTEITAG

**SONNABEND,  
27. FEBRUAR 2010, 10 UHR**  
**Landesparteitag**  
**„Unser Hamburg: stark  
und solidarisch“**  
**Congress Centrum Ham-  
burg, Am Dammtor / Mar-  
seiller Str., 20355 Hamburg**

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation  
Hamburg  
**V.i.S.d.P.:**  
Karin Timmermann  
**Redaktion:**  
Jörg Schmoll  
**Redaktionsschluss für  
die kommende Ausgabe:**  
15. Februar 2010  
**Anschrift:**  
Kurt-Schumacher-Allee 10,  
20097 Hamburg  
**Layout:**  
n.darwitz@lang-dv.de

## EIN STREITBARER DEMOKRAT

20. Todestag von Herbert Wehner



Zahlreiche Besucher waren der Einladung der Harburger SPD zu einer Veranstaltung aus Anlass des 20. Todestages des am 19. Januar 1990 verstorbenen langjährigen Harburger Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner gefolgt. Wie war der Mensch Wehner hinter dem Politiker Wehner? Diese und viele weitere Fragen beantworteten unter der Moderation des Leiters des Herbert-Wehner-Bildungswerks in Dresden, Dr. Christoph Meyer, die als Zeitzeugen und Wegbegleiter Wehners eingeladenen Paul Neumann, der selbst von 1965 bis 1983 für die SPD im Bundestag saß, und Rolf Selzer, der frühere Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein, der als Volontär von Herbert Wehner selbst ausgebildet worden war. Sie zeichneten ein Bild Wehners, das in vielen Details nicht mit den gängigen Vorstellungen vom raubeinigen und in der politischen Auseinandersetzung häufig grob wirkenden Fraktionsvorsitzenden übereinstimmte. Für viele Besucher war die Zeit Wehners als Harburger Abgeordneter ein Stück ihres eigenen Lebens und in einigen Anekdoten und Geschichten aus dem Publikum wurde an diesem Abend auch dieser Teil seines politischen Lebens wieder lebendig. ■

### ANGEBOT FÜR NEUMITGLIEDER

>> Wie finde ich mich in der SPD zurecht? Wo kann ich mich in meiner Partei engagieren und was kann ich wo bewegen? <<

Mit unserer Veranstaltung wollen wir dazu beitragen, dir den Einstieg in die Parteiarbeit und in die Parteikultur zu erleichtern und Anstoß geben, deine eigene Perspektive für ein politisches Engagement zu finden.

Sonnabend, 13. Februar 2010  
10:00 Uhr bis 16.30 Uhr, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Anmeldung bis zum: 05.02.2010  
sylvia.mittelstaedt@spd.de  
Tel.: 28 08 48 36

# SCHWARZ-GRÜNER STREIT GEFÄHRDET DEN HAFEN

SPD-Fraktionschef Michael Neumann hat dem Senat schwere Fehler in der Hafenpolitik vorgeworfen. Die Verzögerungen bei der Elbvertiefung, die Vernachlässigung der Hinterlandanbindung oder der schwarz-grüne Streit um das so genannte Hafenprivileg seien hausgemachte Probleme, sagte Neumann. Der Senat verschlechtere durch fehlende oder falsche Entscheidungen die Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens. "Wir brauchen keine theoretischen Diskussionen über Kooperationen. Wir brauchen einen starken Hamburger Hafen", sagte Neumann.

Der Senat sei für die weltweite Wirtschaftskrise nicht verantwortlich, sagte der SPD-Fraktionschef. "Aber er ist verantwortlich dafür, aus dieser Krise und ihren Folgen die richtigen Konsequenzen zu ziehen." Der Senat müsse in den Hafen investieren, damit dieser vom erhofften Aufschwung pro-



fitieren kann. "Dieser Senat tut das nicht. Schwarz-Grün blockiert sich - auch in der Hafenpolitik", kritisierte Neumann.

Als jüngstes Beispiel nannte er den Streit um das so genannte Hafenprivileg, das Ausgleichsmaßnahmen etwa bei Hafenerweiterungen regelt. Mit dem neuen Bundesnaturschutzgesetz ist das bisherige Hafenprivileg nicht mehr zu halten. Zwar gebe es bis Ende Februar die Möglichkeit, es durch eine neue Hamburger Regelung zu retten.

Der Senat habe aber bislang keinen Gesetzentwurf für eine Rettung des Hafenpri-

viliegs vorgelegt - weil die CDU-geführte Wirtschaftsbehörde und die GAL-geführte Stadtentwicklungsbehörde sich nicht einigen können. Damit liefere der Hamburger Senat den Konkurrenzhäfen Rotterdam und Antwerpen die Werbung frei Haus.

Die Verschleppung der Elbvertiefung bezeichnete Neumann als "hafenpolitisches Dauerärgernis". Der Zeitplan sei immer noch unklar, zwischen Hamburg und dem Bund gebe es nicht einmal Einigkeit bei den Jahreszahlen. Hamburg sei auf die Befürchtungen Niedersachsens nicht ausreichend eingegangen, was die Deichsicherheit nach einer weiteren Elbvertiefung angeht. "Die Finanzierung der Deichsicherheit ist an der Unterelbe ein zentrales Problem. Hamburg hat zehn Millionen Euro für das Ausbaggern von Yachthäfen zur Verfügung gestellt. Vielleicht wären Mittel für Deichsicherheit besser gewesen", sagte Neumann. ■

## JUBILAR ALBERT SCHÄFER ZEIGT KLARE KANTE

„SPD wählen ist doch erste Genossenpflicht“ Von Gunda Wütschner

Anlässlich des 80-jährigen Parteijubiläums überreichte der Hamburger Landesvorsitzende Olaf Scholz Ehrenurkunde und eine mit Diamanten besetzte Nadel an Albert Schäfer (96), Mitglied im Distrikt Wandsbek-City. Olaf Scholz freute sich, dem Jubilar zusätzlich eine deutsche Chronik des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart mit persönlicher Widmung des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel überbringen zu können.

Albert Schäfer ist ein waschechter Hamburger Jung. 1914 wurde er „An de Eck von de Steenstroot“ geboren, verbrachte seine Kindheit in der Fesslerstraße in Barmbek-Süd, bei Wahlen und 1. Mai Aufzügen geschmückt mit einem roten Fahnenmeer.

Bereits 1926 mit 13 Jahren wurde Albert Schäfer, dessen Vater bis 1923 Kommunist war, Mitglied bei den Kinderfreunden, wechselte dann zu den Falken, war als Orgaleiter Funktionär der SAJ (bis 1933 offizielle Nachwuchsorganisation der SPD). Während der Naziherrschaft wurde er mehrfach zwangsweise vorgeführt und verhaftet. Aufgrund der meist willkürlichen Festnahme, bei der man ihm nichts nachweisen konnte, wurde er jedoch stets nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Lebhaft erinnert er sich an die illegalen Treffen und an die für die überall herum schnüffelnden Nazischergen unverdächtigen Wanderungen mit den Genossen durch den Duvenstedter Brook, auf denen gefahrlos weitere Aktionen wie die Verteilung von Flugblättern besprochen werden konnten. 1936 stieg Albert aus; ihm war der Boden zu heiß geworden. In der Partei war er als Maler-



lehrling prädestiniert für das Plakate kleben; keiner konnte besser mit dem Quast umgehen als er.

Im Krieg war Albert in der Vorausabteilung der Radfahrkompanie in Russland und Frankreich eingesetzt. Er heiratete, wurde glücklicher Vater von drei Kindern. Inzwischen zum Polier aufgestiegen, ging er mit 63 Jahren in den damals noch inoffiziellen Vorruhestand, war jedoch nach wie vor ein gefragter Mann, hielt sich fit mit Wanderungen im Hamburger Umland, immer mit seiner Frau. Das gefiel dem Landesvorsitzenden natürlich besonders gut, hat er doch gerade selbst in seiner nur begrenzten Freizeit die Vorliebe fürs Wandern in der Natur entdeckt.

Hatte der Jubilar jemals erwogen, aus Unmut über die Partei auszutreten? „Niemand. SPD wählen ist doch erste Genossenpflicht!“ ■

## DANZIG 2010 - KULTURELL UND POLITISCH

Bus-Reise der SPD Bergedorf



Montag 3. Mai bis Samstag 8. Mai Mit dem Reisering Hamburg wollen wir Danzig und seine Umgebung besuchen. Gute, zentrale Unterbringung (Hotel Novotel Centrum) mit Halbpension. Unsere Schwerpunkte sind touristisch (die wunderbar restaurierte Stadt und ihre Umgebung, Theater und Konzert) historisch (die schwierigen deutsch-polnischen Beziehungen: nicht nur durch den 2. Weltkrieg, auch die polnischen Teilungen im 18./19. Jh., die Zwischenkriegszeit; die Überwindung des Kommunismus; Solidarność wird im kommenden Jahr 30 Jahre alt!) politisch (Vorträge, Begegnungen, Führungen).

Unterstützung für das politische Programm erhalten wir durch Verbindungen unseres Bundestagsabgeordneten H.-U. Klose und die deutsch-polnische Gesellschaft. Kosten: 640 Euro im Doppelzimmer. Angestrebte Teilnehmerzahl: 35. Noch sind einige Plätze frei. Weitere Informationen und Anmeldung über das Kreisbüro Bergedorf 721 49 13 und Gerhard Lein (738 38 81 -

E-Mail: gerhardlein@aol.com) ■